

Forum schmiedet Ideen gegen Rechts



Von Anja Weusthoff

Eine bessere Vorbereitung junger Polizistinnen und Polizisten auf den Umgang mit rechtsextremistischen Tätern und Inhalten mahnte der Bundesjugendvorsitzende der GdP, Jens Mohrherr, auf dem im März von der "JUNGE GRUPPE in der GdP" veranstalteten "Forum gegen Rechts" an. Themen der politischen Bildung müssten "regelmäßig, aber auch zu speziellen Anlässen und Ereignissen in die Unterrichtsplanung aufgenommen werden". In der Berliner Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz diskutierten die jungen Gewerkschafter mit Experten aus Wissenschaft, Jugendarbeit, Polizei und Kirche die Frage, wie Rechtsextremismus wirksamer bekämpft werden könne.

Am Rande der Veranstaltung informierte der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg die Presse über aktuelle gewerkschaftliche Forderungen im Kampf gegen Rechts: Herstellern und Anbietern von Tonträgern, Computerspielen und Video-Medien mit rechtsextremen und menschenverachtenden Inhalten solle durch den Einsatz von polizeilichen Finanzermittlern das Handwerk gelegt werden. "Mit ihren volksverhetzenden Produkten verdienen die Drahtzieher der Verlage und Vertriebe eine Menge Geld. Ein verstärkter und rechtzeitiger Einsatz sachlich gut ausgebildeter Ermittler könnte dazu beitragen, den Fluss dieser illegalen Gewinne zu unterbinden und eine Verlagerung oder Verschleierung des Geldes zu verhindern."

Immun gegen rechtsextremes Gedankengut

Schon bei der Begrüßung der rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Institutionen, Behörden und Initiativen wies der Bundesjugendvorsitzende Jens Mohrherr auf die besondere Verpflichtung der GdP hin, zum Abbau rechtsextremistischen Gedankengutes, fremdenfeindlicher Vorurteile und antisemitischer Diskriminierungen beizutragen. "Als junge Polizistinnen und Polizisten und Gewerkschafter sind wir uns unserer Verantwortung als demokratische Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat bewusst. Vor allem, wenn wir uns in unserem Berufsalltag mit den vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus konfrontiert sehen."

Mit so genannten Impulsreferaten stimmten zwei Wissenschaftler die Gäste auf die eintägige Veranstaltung ein.

Dr. Dietmar Sturzbecher, der das Institut für angewandte Kindheits- und Jugendforschung an der Universität Potsdam leitet, präsentierte zu Beginn Auszüge aus seinen empirischen Untersuchungen. Er untersucht Erscheinungsformen und die Verbreitung von solchem jugendlichem Verhalten, das von sozialen Normen abweicht.

Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft seien, sagte der Potsdamer Forscher, keineswegs eindeutig auf eine berufliche Perspektivlosigkeit von Heranwachsenden, sondern eher auf Egoismus und Leistungsfeindlichkeit zurückzuführen: "Für rechtsextreme Jugendliche sind Lebensgenuss und Geldverdienen besonders wichtig, und sie möchten zugleich ein Leben ohne Anstrengungen führen." Das Gefühl, durch Anstrengungen etwas in der Gemeinschaft erreichen zu können und des "eigenen

Glückes Schmied" zu sein, bildeten andererseits aber unverzichtbare Voraussetzungen für den Lebenserfolg und für die soziale Eingliederung.

Der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Benno Hafener von der Universität Marburg empfahl in seinem Referat, die gesellschaftliche Integration und Teilnahme der jungen Generation zu fördern. Davon verspreche er sich eine Immunisierung gegen rechtsextrêmes Gedankengut. "Wir haben es in der rechten Szene mit einer brisanten Mischung aus Lifestyle und Jugendrevolte mit Gewalt, Ästhetik, Alkohol und ideologischer Formierung zu tun, deren wesentliches Merkmal soziale Revolte und Hass auf alles Fremde und auch den demokratischen Staat und die Gesellschaft ist", charakterisierte der Marburger Pädagoge das Umfeld, in dem sich rechtsextrême Jugendliche bewegen. Er beschrieb fünf Erscheinungsformen: "Eher organisationsferne Anhänger in fluktuierenden Cliques des Skin- oder Rock-Stils, militante Mitglieder neonationalsozialistischer oder nationalrevolutionärer Gruppen, Jugendliche in legalistisch agierenden Parteien und Organisationen, junge Leute im Spektrum der intellektuell und seriös auftretenden ‚Jungen oder Neuen Rechten‘ und junge Leute in Gruppen ‚heimattreuer‘ oder kirchlich-fundamentaler Prägung." Den Cliques und Gruppierungen gemeinsam sei - bei allen Differenzierungen - ihre autoritäre und antidemokratische Orientierung, ihr ausländer- und fremdenfeindliches Weltbild, eine Legenden- und Mythenbildung, ihre Skepsis oder gar Ablehnung von Demokratie und demokratischen Parteien und das zumindest teilweise Akzeptieren oder auch die Anwendung von Gewalt. "Zu den Cliques gehören nicht mehr nur Außenseiter, marginalisierte Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten, sondern auch durchschnittliche, integrierte Schüler, Auszubildende und Berufstätige aus den mittleren Schichten", führte Prof. Hafener weiter aus. Er sehe die Gefahr, dass ein Teil der jungen Generation in solchen Cliques seine - möglicherweise einzigen und später den Erwachsenen prägenden - Sozialisationserfahrungen mache: "Hier wird Wirklichkeit interpretiert, werden Bindungen eingegangen und Mentalitäten ausgeprägt, die dann als Verfestigung und Radikalisierung für ihre weitere biographische Entwicklung und auch die der Republik folgenreich sein können."

Ausbildung junger Polizisten verbessern

Wie die Aus- und Weiterbildung junger Polizistinnen und Polizisten in der Auseinandersetzung mit Gewalt und Rechtsextrémismus verbessert werden könnte, war ein zentrales Thema der JUNGE GRUPPE-Veranstaltung. Die Diskussionsbeiträge der Forumsteilnehmer spiegelten dabei nahezu identisch die Meinung des GdP-Bundesjugendvorstands wider, der in einem Positionspapier schon vorab zahlreiche Forderungen aufstellte.

Durchweg begrüßt wurde die Forderung nach tieferen historischen Kenntnissen über den Missbrauch und die Rolle der Polizei in der Weimarer Republik und im Dritten Reich.

In einem Fach "Berufsethik" müssten die angehenden Beamten während ihrer Ausbildung ausreichend Gelegenheit haben, sich mit persönlichen und beruflichen Überzeugungen und Entscheidungssituationen auseinander zu setzen. Auch der Vermittlung und Steigerung sozialer Kompetenz werde in der Ausbildung bislang nicht der gleiche Stellenwert eingeräumt wie der Vermittlung von Fach- und Rechtswissen.

Junge Polizistinnen und Polizisten sollten über bestehende Vorurteile und eventuelle Abneigungen gegenüber Ausländern und Angehörigen gesellschaftlicher Randgruppen offen sprechen können. Persönliche Begegnungen würden die Sichtweise der anderen verdeutlichen, Berührungspunkte könnten thematisiert und Handlungsmuster eingeübt werden.

Ein Training, Konfliktsituationen möglichst im Dialog zu lösen, so die einhellige Meinung, müsse zur Grundausbildung jedes Polizisten und jeder Polizistin gehören. Lagen, die für Beamte sehr belastend

gewesen sein könnten, sollten im Nachhinein reflektiert werden. Techniken der Stressbewältigung oder das unter dem Begriff "Supervision" bekannte Beratungs- und Betreuungskonzept sollten vereinheitlicht angeboten werden.

Schnellere Bestrafung durch beschleunigtes Verfahren

Diskutiert wurde im Forum auch die Frage, wie es mit der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz steht. Neigt sich die Waage im Verhältnis von Repression und Prävention eher zu einer Seite, und wie entscheidend ist die Bedeutung zeitnaher Bestrafung bei rechtsextremistischen Straftaten? Ist das beschleunigte Verfahren im Umgang mit Jugendlichen ein geeignetes Instrument?

Als erfolgreiches Beispiel der Einwirkung auf straffällige Jugendliche wurde das von Jugendrichter Bernd Diedrich initiierte "Rüsselsheimer Modell" vorgestellt: Nach der raschen Meldung durch die Polizei wird in einem kurzfristig anberaumten Anhörungstermin unter Teilnahme der Jugendgerichtshilfe und meist eines Elternteils versucht zu ergründen, ob die Straffälligkeit des Jugendlichen aus seinem sozialen Umfeld herrührt. Es wird auf die familiäre Situation geschaut, ob Arbeitslosigkeit vorliegt, Schulprobleme zwicken oder Drogen genommen werden. Alle Beteiligten versuchen gemeinsam, ein Programm für den Jugendlichen zu entwickeln, die richterlichen Weisungen werden darin umgesetzt. Kommt der Jugendliche den Anforderungen nach, kann der Richter dies im weiteren Verfahren entsprechend berücksichtigen. Laut Bernd Diedrich gibt es mit diesem Modell gute Präventionserfolge und niedrige Rückfallquoten. Dies habe eine jüngst abgeschlossene wissenschaftliche Auswertung bestätigt. Die Bandbreite gesetzlicher Möglichkeiten im Jugendstrafrecht reiche aus, um positive Änderungen zum Gewaltabbau zu bewirken.

Für eine Aufnahme des beschleunigten Verfahrens in das Jugendstrafrecht spricht sich die GdP aus. Der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg: "Von einer zeitnahen Sühne verspreche ich mir einen pädagogischen Effekt und eine wirksame Abschreckung. Nur wenn die Tat in der Gefühlswelt des Täters noch gegenwärtig ist, kann er in einer Strafe auch mehr erkennen als nur richterliche Amtsausübung." Gerade bei jungen Tätern werde die erzieherische Wirkung durch langes Warten auf eine Hauptverhandlung nicht erreicht. Es sei nicht verständlich, sagte Freiberg, warum bei ständig steigender Jugendkriminalität das beschleunigte Verfahren noch immer nicht in die Jugendgerichtsbarkeit Einzug gehalten habe. "Das beschleunigte Verfahren darf aber kein ‚kurzer Prozess‘ sein."

Entpolitisierung der Schule

Aspekte des Rechtsextremismus, mit denen sich Polizisten in ihrem Dienstalltag nicht häufig auseinander setzen, kamen im Forum auch zur Sprache. Unter der Überschrift "Schule und Rechtsextremismus" diskutierten Polizisten, Lehrer und Schüler die Wahrnehmung rechtsextremistischer Erscheinungsformen an Schulen und die Reaktionsmöglichkeiten von Mitschülern, Eltern und Lehrern. Große Bedeutung wurde hier der pädagogischen Einflussnahme auf Haltungen und Einstellungen beigemessen, die vom rechten Gesellschaftsbild der Ungleichwertigkeit der Menschen geprägt sind. "Die Entpolitisierung der Schule lässt jede andere Wertgebung zu. Die Folge ist, dass unter dem Mantel der Vielfalt oftmals eine Umwertung der demokratischen Werte stattfindet", bedauerte Ortrud Hagedorn, Projektleiterin am Berliner Landesinstitut für Schule und Medien, die mangelnde Umsetzung des Erziehungsauftrages in vielen Schulen. Oft sei in Kollegien nicht einmal ein Minimalkonsens für ein demokratisches Selbstverständnis herzustellen. Dadurch würden Lehrer kaum in die Lage versetzt, mangelnder häuslicher oder gewaltorientierter Erziehung entgegenwirken zu können, hieß es in der Debatte weiter. Helfen könne es, entwickle sich die Schule zu einem Ort, in dem demokratische Alltagskultur eingeübt wird: Eigene Stärken und die Wirkung der eigenen Person auf andere sollen dort bewusst gemacht werden, Anerkennung erhalten und verteilt

werden, Verantwortung übernommen und Konflikte gewaltfrei austragen werden.

Außerschulische Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, so stimmten die Diskussionsteilnehmer überein, finde in sehr engen Grenzen statt. Wo Gewalt tatsächlich angewendet werde, seien Polizei und Justiz gefragt.

Prävention und Repression gleich wichten

Eine gleichgewichtete Kombination aus Prävention und Repression, bilanzierte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg in seinem Schlusswort, sei bei der Bekämpfung "rechter Straftäter" von herausragender Bedeutung. Die Zusammenarbeit der Polizei mit kommunalen Behörden, Schulen, Trägern der Jugendsozialarbeit und Vereinen müsse intensiviert und in einem "Netzwerk gegen rechte Gewalt" müssten staatliche Hilfsangebote gebündelt werden. Repressive Maßnahmen dürften nicht zu kurz kommen. "Die rechten Straftäter müssen auf Schritt und Tritt in der Öffentlichkeit auf die Polizei treffen. Besser wäre noch, sie würden sogar nachts von der Polizei träumen."

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 5/2001](#))